

Mr. Halle monatlich bei zweimonatlicher Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, ...

Neue-Zeitung

Die 8 gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., ...

Die Sphinx Amerika.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Tatsache, daß der deutsche Außenminister Dr. Simons sich vor einiger Zeit mit dem Chef der amerikanischen Kommission in Berlin über allerlei politische Fragen unterhalten hat und dabei auch die Wiedergutmachungsfrage besprach, hat zunächst in der amerikanischen Presse und dann auch in einem Teile der deutschen Publizistik zu umfangreichen Erörterungen geführt, die allmählich in beständiger Weise den Boden des Realen verlassen. Selbstverständlich hat es zwischen der deutschen Regierung und der Washingtoner Regierung keinen Notenwechsel gegeben. Der Friedenszustand ist offiziell nicht hergestellt, und es ist ein feststehender Brauch, daß man in solchen Fällen nicht in einem direkten Notenaustausch zu einander tritt. Hier Dreifels, das Haupt der amerikanischen Kommission in Berlin, kann nur sehr bedingt als Gesprächspartner der Vereinigten Staaten angesehen werden. In Wahrheit bestehen zwischen Berlin und Washington noch keinerlei diplomatische Beziehungen. Zugabe ist allerdings, daß belagert Herr eine amtliche amerikanische Persönlichkeit ist. Er wurde vor zwei Wochen vom Reichsminister Dr. Simons empfangen und da er eine authentische Darlegung des deutschen Standpunktes zur Wiedergutmachungsfrage erstattet, wurde ihm ein Antwortschreiben mit dem Inhalt auf sein Verlangen ein Aide memoire zugehen lassen. Es handelt sich hier also um eine erbetene Information. Diese Information hat Herr Dr. Dreifels nun auch seiner Regierung übermittelt, und er hat die darauf empfangene Antwort dem auswärtigen Amt zur Kenntnis gegeben. Diese Antwort bekämpft mit einer leichten Betonung der Freude Deutschlands Bereitwilligkeit, die Schäden des Krieges wieder gutzumachen. Das sei auch die einzig mögliche Grundlage zur Wiederherstellung eines endgültigen Friedenszustandes. Schließlich hofft die amerikanische Regierung, daß in der Wiedergutmachungsfrage eine Lösung zu finden sei, die allen Teilen gerecht werde. Es ist nichts mehr als fortreife Diplomatie, wenn die amerikanische Regierung diese Antwort an ihren Berliner inoffiziellen Vertreter der alliierten Mächten zur Kenntnis gegeben hat. Tragendwichtige Folgerungen daraus, vor allem die amerikanische Ansicht einer Intervention, kann nur bei kühner Phantasie aus dem Befähigungsschreiben herausgelesen werden.

Was Amerika eigentlich beabsichtigt, ist nach wie vor außerordentlich unklar. Es wird ja nun die Herstellung des Friedenszustandes nicht mehr sehr lange hinausgeschoben können. Schließlich kann sich ja das große Land jenseits der Meere den Zeitpunkt für die Herbeiführung des Friedens nicht von dem Eigenwillen der sanktionsunfähigen Ententeamtänner unbegrenzt vorzeichnen lassen. Es ist übrigens durchaus möglich, daß der Besuch des Herrn Dr. Dreifels lediglich die Heiligkeit der amerikanischen Friedensveränderung in den Augen der Welt und des eigenen Landes mildern sollte. Jedenfalls empfiehlt sich für Deutschland die äußerste Zurückhaltung in irgendwelchen Erwartungen und Hoffnungen auf Amerika. Wenn französische Plätter von einer Vermittlung Americas sprechen und von einer neuen Konferenz, die die Vereinigten Staaten angeregt hätten, so spricht daraus neben dem Sentimentsbedürfnis der französischen Presse lediglich die Nervosität und die Besorgnis, daß das französische Verlangen vor dem Weltfrieden nicht bestehen könnte.

Dieser Besuch ist in einem guten Teil wohl auch der Besuch des Herrn Viviani in Washington auszuweisen. Hier handelt es sich um nichts anderes als eine Propaganda- und freigeunigen Angelegenheit. Herr Viviani ist einer der wortreichsten und zugleich gedankentiesten Vertreter des alten Frankreich. Er soll die alte Leiter noch einmal mit aller Kraft erlösen lassen. Vor allem will man sich den amerikanischen Anliefern offen haben. Darum wurde auch der deutsche Vorschlag einer internationalen Antie auf heftige Bekämpfung. Es heißt freilich auch, daß Herr Viviani mit besonderen Vollmachten zu Schiff gegangen sei. Die Ergebnisse seiner Reise könnten immerhin bestimmte Schlüsse zulassen, auch wenn die amerikanische Sphinx weiterhin ihre heimlichen Züge zur Schau tragen sollte.

Aufruhmeldungen aus dem Reich.

In Berlin wurde am Sonnabend der Kollisionszug 1851 beim Passieren der Kanalbrücke hinter der Gasanstalt Charlottenburg von unbekanntem Täter beschossen. Ein Frau, die nicht festgesetzt werden konnte, ist hierbei leicht verletzt worden. Beamte der Schutzpolizei nahmen sofort die Verfolgung auf, aber ohne Erfolg. Ferner soll im Land irgendein im Laufe des Tages mehrfach geschossen worden sein. Ermittlungen haben hierüber noch nichts ergeben.

Zwischen den Kommunisten, die in größerer Zahl die linksrheinischen Kohlenstädte besetzt hatten, und nichtkommunistischen Arbeitern war es in der Gegend von Borsdorf am 1. April zu Zusammenstößen gekommen. Belagertes Militär griff zum Schutze der nichtkommunistischen Arbeiter ein und machte, da sich die Kommunisten zur Wehr setzten, von der Waffe Gebrauch. Hierbei wurden drei Arbeiter getötet und 27 verwundet, während die Belagerte keine Verluste hatten. Es gelang den Truppen, die Ruhe wiederherzustellen. Einige Arbeiter, die sich bei dem Aufbruch besonders hervor, etan hatten, wurden verhaftet.

Ergänzende Nachrichten zu den Unruhen in der Gegend von Borsdorf belagen, daß am Morgen des 1. April 4 Schächten „Reinpreuß“ in Hochemrich, Lindfort und Neustädten von den Kommunisten besetzt wurden, die dadurch die Wiederannahme der Arbeit verweigerten. Die Militärs

beabsichtigte die Antifire der kommunistischen Unruhen vorzuziehen. Hierbei verlustigten einige Arbeiter, ihre Kameraden zu befreien, sie schossen und warfen Steine auf die belagerte Truppenabteilung, die das Feuer erwiderte. Eine Anzahl an den Unruhen beteiligter Kommunisten wurde in verschiedenen Internier. In Grätzsch mit unter dem Schutze der Besatzungstruppen gearbeitet. Es sind Truppenverfügungen abgehandelt. Einige Sachverständigen sind von Militär besetzt. Die Stimmung unter der B. öst. ruhe, läßt die Behauptung des Belagerungsstandes nicht als erforderlich erscheinen. Nach den letzten Nachrichten ist die ganze Gegend wieder ruhig.

Reichswehr und Kommunistaufstand.

In seiner Wohnung im „Leipziger Tageblatt“ betont Reichsminister a. D. Schiffer die Notwendigkeit eines rüchrichtigen und gründlichen Zapadens gegen d. n. gemeingefährlichen Wahnsinn des kommunistischen Verbrüchertums. Gegenüber der Äußerung nach Reichswehr sagt er jedoch: „Man soll sich hüten, die Reichswehr, die eben erst mit unglücklicher Mühe neu aufgestellt ist, nicht unbedingt notwendigen Belastungsproben auszuweisen, insbesondere auch im Hinblick auf ihr Verhältnis zur Bevölkerung.“ Aber ganz abgesehen von diesen phylogologischen Erwägungen, müssen wir uns auch vergegenwärtigen, daß unsere kleine Armee nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch für die in. nigen Aufgaben bereit gehalten werden muß, die ihr in erster Reihe obliegen, nämlich für den Schutz des Landes gegen äußere Feinde. Oder glaubt man wirklich, daß man unbefehligt unsere Ostgrenze von Truppen entblößen kann? ... Aber auch aus Berlin und seiner Umgebung kann man Reichswehrkräfte in erheblichem Umfang nicht herausziehen, wenn man nicht geradezu die durchsichtige Absicht der Kommunisten begünstigen will, die Hauptstadt von Truppen entblößen zu lassen, um dann der Hauptstadt gegen sie zu führen. In einem Punkte freilich hat n uns die gemachten traurigen Erfahrungen gelehrt, daß wir für die Zukunft andere und bessere Vorkehrungen treffen müssen. Die Reichswehr muß der Polizei von Anfang an Großstammkraft, insb. sondern der Artillerie zur Verfügung stellen; und in dieser Beziehung ist die Verbindung zwischen beiden staatlichen Wehrkörpern nicht zu improvisieren, sondern zu organisieren.

Die Sondergerichte gegen die kommunistischen Verbrecher.

werden von dem demokratischen früheren Reichsjustizminister Schiffer, also gewiß von einem sachverständigen demokratischen Führer, in der angelegentlich in G. samilage ausgesprochen, wenn auch die „Freiheit“ in ihr einen „Schicksal der R. action“ erklährt und von ihr „Klassenjustiz“ schamloser „Art“ erwartet. Der Abg. Schiffer erklährt, das Verhältnis liegt gerade umgekehrt. Man hätte unter einw. rhalten eingetroffenen Prozeßgang und insbesondere das Strafverfahren schon längst den Bedürfnissen der Zeit anpassen, elastischer, fandsicher und zweckentsprechender gestalten sollen, um sich nicht auf Ausnahm. vordrängen zurückziehen zu müssen, wo doch gewisse Ausnahm. zustände beinahe zur Regel geworden sind. Der Hochverrat war ebendam ein Verbrechen, das man dem Reichsgericht vorbehalten konnte, weil es so selten vorkam, daß es möglich war, ohne U. berlastung d. s. höchsten Gerichtshofes und gar zu empfindliche Störung seiner ordentlichen Tätigkeit ihm die Beurteilung zuzuwenden. Jetzt ist Hochverrat das gewöhnliche Delikt von der Welt geworden, und es ist höchste. z. it es als solches zu behandeln und aus der Zuständigkeit des Reichs. erichts herauszunehmen. Nur müßte man hierfür und für manches andere gemeines Recht schaffen, um nicht ohne Not sich und den Staat dem Odium der Ausnahmegesetzgebung auszuweisen.

Die Zollgrenze am Rhein.

Der „Temps“ bringt mehrere Mitteilungen über die Zollgrenze am Rhein. Danach wird die rheinische Zollgrenze nicht 750, sondern 500 Kilometer lang sein, da der Rhein nicht als Zollgrenze dienen kann. Die Sachverständigenkommission hat sich dieser Auffassung angeschlossen mit der Begründung, daß bedeutende Zentren sowohl in den rechtsrheinischen Brückenköpfen als auch zu beiden Seiten des Flusses gelegen seien. Deshalb wurde ein Vorschlag angenommen, nach dem die Zolllinie im Interesse der Kontrolle im Innern der englischen Besatzungszone laufen soll. Siedenburg werde keine Veränderung an der militärischen Besatzungszone nötig. Was den Zoll für den Eingang aus dem nicht besetzten deutschen Gebiete in die Rheinlande betrifft, so ist von der Rheinlandkommission vorgeschlagen worden, in der ersten Periode 25 Pro. des deutschen Tarifes zu erheben, in der zweiten Periode 50 Prozent und in der dritten Periode den gesamten Betrag des deutschen Zolles. Sämtliche Zahlungen seien in Goldmark zu entrichten. Bisher hat sich der Vorschlag nur auf die erste Periode festgelegt, für die beiden anderen Perioden aber weitere Institutionen der beteiligten verbündeten Regierungen vorbehalten. Hinsichtlich des Ausgangsollens für rheinische Waren nach dem angelegten Deutschland hat die internationalisierte Kommission die Erhebung von Zöllen vorgeschlagen, die dem deutschen Tarif in Papiermark gleichkommen.

Der „Temps“ bemerkt hierzu: Dieser Vorschlag scheint keinen Widerspruch gefunden zu haben. Der Bericht der Sachverständigenkommission lag lediglich, wenn der Eingangszoll an der Wälgrenze des besetzten Gebiets herabgesetzt

werden würde, müsse der Ausgangszoll an der Wälgrenze so herabgesetzt werden, daß der Tarif dem effektivsten deutschen Eingangszoll an den anderen Grenzen gleichkomme. Es ist, im, daß dieser Vorschlag gemacht worden ist, weil es wahrscheinlich notwendig werden konnte, der Wälgrenze des besetzten Gebiets für Nahrungsmittel, Rohmaterialien und gewisse Fertigfabrikate Zollermäßigungen zu gewähren.

Schließlich scheint der Entwurf sich mit der Frage der Einfuhr und der Ausfuhr zu beschäftigen. Die internationalisierte Rheinlandkommission hat das Recht, die Maßnahmen zu treffen, die sie für notwendig hält. In Koblenz wird ein leitender Ausschuss für die rheinischen Zölle errichtet. Dieser untersteht einem Zollkommissar für das Rheinland. Die drei Hauptstädte Wiesbaden, Mainz und Ludwigshafen werden in Landesfinanzämtern umgewandelt und treten an die Stelle derjenigen in Kassel, Darmstadt und Würzburg. Die 19 Hauptämter in der Nähe der neuen Zollgrenze werden für die Erhebung der Zölle verwendet, ebenso 31 einjährige Kanaler, wozu noch eine Anzahl neuer geschaffen wird. Der Rhein fließt abwärts, die Kanäle fließen in Anshort und Mainz durch. Dem deutschen Zollpersonal, das gegenwärtig 1000 Köpfe beträgt, werden 70 Beamte und 80 Hilfsarbeiter für die oben erwähnten Kanäle entnommen. Die bisherigen Zollinspektoren bleiben bestehen. Es wird außerdem das staatslose interalliierte Kontrolle eingerichtet. Hierfür stellen Frankreich 19, Belgien 10 und England fünf Beamte. Die Überwachung der Zollgrenze wird unter Mitwirkung des Besatzungsheeres ausübt. Hierfür stellen Frankreich 100 Mann, Belgien 20 und England 16. Es soll außerdem von der rheinischen Oberkommission eine Fischpolizei auf dem Rhein organisiert werden.

Die Reparationen.

Die Reparationskommission teilt mit: Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation sind vor der Reparationskommission am 1. April fortgesetzt worden. Die Verhandlungen haben sich auf die Frage der Schäden an nicht bebautem Grundeigentum bezogen, die D. n. Island nach dem Wortlaut des Anhangs 1 zum Abkündigt 8 des Friedensvertrages zur Zeit fast n.

Was die zerstörten oder beschädigten „Bäume“ betrifft, so ist anzunehmen, daß die deutsche Delegation, daß Deutschland nur einen gewissen Teil der durch die Wiederbeplantung verursachten Kosten zu bezahlen braucht, und zwar einen Teil, der sich bestimmt nach dem Unterschied zwischen d. m. Alt- der Bäume oder Resthöhe im Augenblick der Zerstörung und der normalen Lebensdauer dieser Bäume; und Resthöhe, wobei gleichzeitig der normalen Ertragsminderung Rechnung zu tragen sei, die bei derartigen Ausnahmen eintritt. Bezüglich der Forsten erbt mit die deutsche Delegation an, daß sie Ertrag für den Wert des zerstörten oder fortgeführten Holzes schuldet. Was die Wiederbeplantung anlangt, so will sie deren Kosten nur dann erstatten, wenn die geschlagenen Bäume noch in neuem Bestandem erlangt haben, weil der Eigentümer die Wiederbeplantungskosten selbst tragen muß, wenn er Bäume schlagen läßt, die den Parkbesitzer erlangt haben. In diesem Falle hätte Deutschland die Kosten, die durch die Verschlechterung des Bodens entstanden sind, nur insofern zu erstatten, als die Kosten die normalen Kosten der Wiederbeplantung übersteigen.

Was die Wiederherstellung des Bodens und die Wiederherstellung seiner Ertragsfähigkeit sowie die Entleerung von Boden anlangt, der zu sehr umgewälzt ist, um wiederhergestellt zu werden, so behauptet die deutsche Delegation, daß die Wiederherstellung, die Deutschland zur Last gelegt werden können, in keinem Fall den Verkaufswert des Bodens im Augenblick der Zerstörung übersteigen dürfen. Sie erkennt nicht an, daß gewisse Veränderungen infolge der Wälgrenze der unfruchtbarsten Unfruchtbarkeit sind der angeblichen Erde entzogen einen Teil ihrer Ertragsfähigkeit verloren haben.

Die Reparationskommission unterwirft augenblicklich diese Frage, in der sie binnen kurzem die endgültigen Entscheidungen treffen wird.

Von der internationalen Verkehrskonferenz in Barcelona.

Der Ausschuss der Verkehrskonferenz lagte hinsichtlich der internationalen Regelung des Eisenbahnverkehrs mehrere Entschlüsse. Die beteiligten Staaten erkennen einmütig an, daß es wünschenswert wäre, Maßnahmen zu ergreifen, die die internationalen Warentransporte erleichtern können. Besonders wichtig wäre die durchgehende Sendung mit einheitlichen Frachtfreien und internationalen Gebühren. Ebenso wurde die Erleichterung von Maßnahmen zur Erleichterung des internationalen Reiseverkehrs und der Geschäftsabwicklung für wünschenswert erklährt. Hinsichtlich der internationalen Abwicklung der Schiffahrt wurde beschlossen, der Auslegung die endgültige Definition der internationalen Flüsse einen besonderen Relaktionskomitee zu übertragen. Unter Vorbehalt dieser Definition nahm er die einzelnen Artikel m. dreier Abmachungen an, nämlich zweier Abmachungen, welche das freie Schiffahrtsrecht betreffen, dreier Abmachungen, die für die unter einer Oberbehörde stehenden Schiffahrtswege Verfügungen vorbehalten, die im Interesse der öffentlichen Ordnung oder Gesundheitspflege liegen. Die bereits von dem Schweizer Vertreter angelegentlichste Frage der früher erworbenen Rechte kam von neuem zur Sprache und gab dem italienischen Vertreter Gelegenheit,

nicht alle Entschiedenheit zu erklären, daß es für kein Land  
gang ausgeschlossen sei, die Bedingungen des Wiener Ver-  
trages anzunehmen. Der Kaiser von Chile erklärte  
jedenfalls, im internationalen Recht gäbe es überhaupt keine  
ermordeten Rechte.

### Der englische Generallieferant.

Der Eisenbahnbetriebsrat ist ziemlich allgemein, nur  
die Kompensationen werden noch bedient, und in diesen Fällen  
von Freiwilligen. Morgen werden im ganzen Lande Briefe  
erwidert, um die Institutionen für die Defekt-  
geräten festzustellen. Der Eisenbahnbetriebsrat wird auf Befehl  
der Reg. zurück eingeleitet. — Wie die Welt r. m. den, sind  
bereits einige Schiffe überliefert und andere werden  
leben in Gefahr. Daily Chronicle schreibt: „Einige  
Minister seien der Ansicht, daß England nur einer der  
größten Katastrophen in der Geschichte seit Ausbruch des  
Krieges im Jahre 1914 liege. — In ähnlichen Kreisen  
man optimistisch über den Ausgang des Streiks. Die Re-  
gierung trifft alle Maßnahmen, damit der Streik der Eisen-  
bahner, die für notwendig erklärt haben, zum Scheitern ge-  
bracht werde. Die Haltung der Eisenbahner ist übrigens  
noch nicht vollständig i. R. gelegt. Man hofft noch immer, daß  
sie sich in einem Streik nicht beteiligen werden. Die end-  
gültige Entscheidung soll in der kommenden Woche fallen.“

Außerdem: Der Generallieferant des Bergarbeiterbundes  
(Hodges), sagte zu Beginn einer Rede in Coniston (North-  
shire), er glaube, die Regierung könne darauf, die  
Bergarbeiter durch Ausweitung der Einkreisung zu  
bringen. Wenn dies der Fall wäre, so ist das ein Verstoß  
gegen das Gesetz für das ganze Volk, denn es würde Revolution  
bedeuten. — Der größte Teil der Rede in dessen war in sehr  
geheimem Tone gehalten.

Die vorbereiteten Anordnungen für die Einschränkung  
des Kohlenverbrauchs sind g. r. n. nicht erfolgt. — Der  
Kohlenverbrauch ist auf 50 Kilogramm wöchentlich festgelegt,  
der industrielle im allgemeinen auf die Hälfte des regel-  
mäßigen Verbrauchs.

In Verhandlungen der Transportarbeiter und der  
Eisenbahner, die in London und anderen St. statt abgehalten  
wurden, traten die Arbeiter sehr nachdrücklich für eine Aktion  
zur Unterstützung der Bergarbeiter ein.  
Sämtliche Verfassungen von Kohle sind ohne Erlaubnis  
des Generallieferanten der Bergwerke und des Kohlenbesitzers  
in jedem Hefen verboten.

### Bayern und die Entwaffnungsfrage.

Aus Kreisen demokratischer Parteigänger wird er-  
zählt, die „Dona“ zur Entwaffnungsfrage. Eine von Hoff-  
mann als offenbar vertrieben, daß der Ministerpräsident  
bei seiner Anwesenheit in München das von der gesamten  
Reichsregierung gewünschte Gehör vor dem bayerischen  
Ministerpräsidenten erhalten hat. Der Ministerpräsident hat  
die von der Reichsregierung vorgeschlagene Entwaffnungs-  
Angelegenheit hinüber geschrieben und hat ohne Ministerpräsidenten  
auch ohne S. P. D. mit den Reichsparteien in einer  
für die Deutschen und Bayerns Schicksal überaus wichtigen  
Frage sich verständig in der Öffentlichkeit Stellung ge-  
nommen. Auch wenn man sagt, daß die Vorgänge in  
München hinsichtlich der Entwaffnungsfrage, die ganze Entwaff-  
nungsfrage erneut zu prüfen und schließlich nochmals einen  
letzten Versuch bei der Entente zu machen oder auch Mittel  
zu finden, um zu einem für beide Teile erträglichen Aus-  
gleich zu kommen, wird man die Methode, mit der der lein-  
deutige bayerische Staatsmann verfahren ist, als ungewöhnlich  
und beachtlich ansehen müssen. Es geht einfach nicht an,  
daß man den deutschen Ministerpräsidenten mit einem ein-  
seitigen Auftrag des Reichsministeriums nach München kommt.  
Die Türe muß, namentlich mit der Lönker der bayerischen  
Verfassung über den Bereich der Verfassung zu bestehen können,  
daß man in München die Angelegenheit und durch nichts be-  
gründeten Herabwürdigung gegen das Reich sich hingibt.

### Der unbeherrschbare Karl.

Nach Meldungen Wiener Blätter aus Steiermark  
ist Erzherzog Karl unter Fiebererregungen an Halsentzündung  
erkrankt und hat das Bett hien. Nach Hoffnungen  
von Verwandten aus der Umgebung des Erzherzogs soll

Karl immer noch der dritte Wirtshaus entgegengesetzt, wo  
es die Pflicht verleihe, die nächste Sitzung der ungarischen  
Nationalversammlung abzurufen. Der Spezialkorrespondent  
der „Neuen Freien Presse“ hält jedoch für sicher, daß  
dieser Wirtshaus binnen kürzester Zeit überwunden werden  
wird.

Die „Neue Freie Presse“ erzählt aus Entente-Kreisen,  
daß die Korrekte des Erzherzogs im Laufe der heutigen  
Nacht erfolgen soll. Di. Rüdiger dürfte, ohne Wien zu be-  
suchen, über Neuchâtel-Brud-Loeben an die Schweizer Grenz-  
sicherungen.

### Amerikanische Politik.

Infolge des Ausbruchs des Spaniens in New York erläßt  
die Regierung eine halbamtliche Erklärung, daß zwar Deutsch-  
land zur Entschädigung verpflichtet ist, daß aber dies durch  
ein angemessenes und gerechtes Verfahren fest-  
zustellen sei. Die „Washington Post“ sagt, die Regie-  
rung billige keineswegs alle Schritte der  
Entente.

### Deutsches Reich.

Der deutsche Minister des Auswärtigen Dr. Simons, der  
bekanntlich seit einigen Tagen in Brno im Maglasiatal bei  
einer deutschen Kammer, erklärte einem Vertreter des  
„Corriere del Ticino“, daß er während seiner kurzen Ferien  
aus Gesundheitsrücksichten im T. sein wolle, und daß alle Ge-  
schäfte, wozu sein Aufenthalt einen politischen Zweck be-  
deute, über ihn zu erledigen seien.

An der gestrigen Besprechung von Vertretern der pres-  
sigen Parteien mit dem Reichspräsidenten Ebert, in  
der es sich um die Regierungsbildung in Preußen  
handelte, nahmen zum Zentrum der Abgeordnete S. erold,  
von dem Demokraten Dominicus, von den Mehrheits-  
parteilichen S. ering. D. Dieser Besprechung folgte dann  
gestern nachmittags eine mehrstündige Konferenz der Kon-  
fessionsführer im Abgeordnetenhaus. Sie brachte aber noch  
keine Entscheidung. Morgen und übermorgen sollen die Ver-  
handlungen zwischen den Parteiführern fortgesetzt werden.

In der Angelegenheit des Oberbürgermeisters  
von amtlicher Seite mitgeteilt, daß die Regierung die  
beiden amerikanischen Kandidaten R. esj und J. im-  
mer auf Anregung des kommandierenden Generals der  
amerikanischen Streitkräfte in Köln, sagte. Das bei  
dem Oberbürgermeister junge Mädchen wird von ameri-  
kanischer Seite in englischer Sprache entschieden. Die  
Freiwilligkeit der beiden Amerikaner wird im Laufe des heu-  
tigen Tages erfolgen.

### Falle und Umgehend.

1921. den 4. April

### Der Haus- und Grundbesitzerverein e. V. Halle a. S.

veranlaßt am Sonntag d. 3. April eine stark besuchte Mit-  
gliederversammlung im Restaurant „Mars la Tour“. Nach  
dem Bericht der Vorsitzenden, Frau Schöner, die Verantwor-  
tung für die beiden letzten Sitzungen, die am 1. und 2. April  
in einer ausserordentlichen Sitzung über die Einkommen-  
steuererhöhung, die für den Grundbesitzer doppelt  
schwierig abzugeben ist, da der Vorwurf der eigentlichen Ver-  
antwortung für Grundbesitzer nicht im mindesten vollständig  
behandelt und berücksichtigt ist. Der Ministerpräsident be-  
trifft deshalb, den Vorbesitzenden des Finanzministeriums  
zu schreiben, die Dekretationsfrist bis zum 1. Mai zu  
verlängern.

Der Verein hat dann in Vertrete seiner weiteren Aus-  
sichtungen einzelne Anträge, zum Ausschluß der Steuer-  
erhöhung, sowohl in einer Besprechung mit den kompetenten  
Stellen des Finanzministeriums darüber durchhalten soll. Aber  
für die Steuererhöhung vor Schaden bewahren will, muß  
in Zukunft eine strenge Aufsicht einhalten. Bei der Ange-  
legenheit des Grundbesitzers durch die Einkommen aus  
dem Häuser- und Grundbesitzerverein nicht anfallen. Der die  
Kapitalertragssteuer nicht bezahlt hat, muß sie sofort noch  
nachzahlen, da er sich sonst strafbar macht. Die Amortisation  
eines Gebäudes ist im Durchschnitt 1 Prozent abzusuchen, und  
war von dem Bauwert des Gebäudes.

Sünde verleihe. Der Roman aus dem Ausländer Intelli-  
genzblätter folgert mit einem doppelten Aufbruch von Strap-  
azier über die Säulen, Bögen und Wägen, in welcher ge-  
meint, wie wahrhaftig S. erzeugung mit dem Erfolg, daß  
perfekter. Gilberts weiche, weiche Rhythmen werden in  
dieser Umgebung zu Grate.

Direktor Siemer leitete die Besprechung des Stils, wenn  
sie ihre sentimentalen Redereien beendet hatten, tanzten und  
lächelten, als wären sie inmitten einer modernen Operette.  
Diese Tanzereien waren die Höhepunkte des Abends.  
Darstellung: Jenny Adde wieder entzündend gequält,  
Alle Jener temperamentvoll und gut bei Stimme, Martin  
Vindemann, Kurt Dissen, Franz Wenner sicher und  
überlegen im Spiel, Max Regendörfer dagegen mehr  
Jugendfröhlichkeit als Waidenspieler und Lotte Widen  
Gesund von 1870 eher schiller, nicht anständig.

Nach dem zweiten Akt fanden Gilbert, Deder, Adhren,  
Regendörfer und sämtliche Darsteller auf der Bühne, und  
endlich begann der dritte Sturm zu toben, aber mit der  
Operette oder dem Singpiel hat dieser Sturm nichts zu  
tun.

75. Geburtstag 1846 Georg Conrad. M. G. Conrad,  
der am 4. April 1846 in Gredhabt in Preußen geboren  
wurde, wurde ursprünglich als Sohn des Oberlehrers Wil-  
helm, der er auch eine Zeitlang assistierte. Weils Weisen führten  
ihn nach Italien, nach der Schweiz und nach Frankreich. In  
Paris lernte er Conrad mit Friedrich K. esj, in Paris mit  
Emile Zola in Verbindung. Ein temperamentvoller Brause-  
trinker, begeisterte er sich für wie hohe und ideale Bestrebun-  
gen, Realismus, Selbstlosigkeit und Aufrichtigkeit. Con-  
rads Bedeutung liegt sowohl auf publizistischem wie auf  
literarischem Gebiet. In durchaus selbständiger und durch  
bestimmte Art der Literatur Form brachte er den Naturalismus  
in Deutschland zur Geltung, indem er mit H. Arndts zu-  
sammen 1865 die Zeitschrift „Die Weltanschauung“ herausgab. Er  
war hier der Führer der deutschsprachigen Sturm und Drang  
und hatte die in einem gewissen Gegensatz zu Hans G. er.  
Daneben lag er literarisch Werke in dem Roman „Das  
Gedächtnis“, „Die jungen Jungfrauen“ und gründete  
1860 den „Gedächtnis“. Conrad war 1893 zum Reichstags-  
abgeordneten gewählt, wo er politische seine Weltanschauung  
zu vertreten Gelegenheit hatte; später entsetzte er sich mehr

der vor der Regierung. Sämtliche Steuern außer  
der Einkommen-, Umsatz- und Grundsteuer wurden voll ab-  
geführt. Bei einem Einkommen von 7500 bis 12500 Mark  
sah die Kapitalertragssteuer zu gewissen Prozenten auf die  
Einkommensteuer angesetzt werden. Nach der erst kürzlich er-  
lassenen Fiktion zum Einkommensteuergesetz ist das Einkommen  
bis zu 2400 Mark befreit entlastet worden. Bei der Steuer-  
erhöhung sind als Steuerjahr das Kalenderjahr, das immer  
Geldjahr und als Steuerjahr das Steuerjahr angesehen.

Die Bestimmung sollte darauf entfallen, daß die  
als Einkommensteuer 8 Proz. des Einkommens  
in Höhe von 2400 Mark und als Einkommensteuer 22 Proz.  
des Einkommens in Höhe von 2400 Mark.

Der mit der Summe von 22 Prozent nicht auskommt, hat diese  
beim Finanzamt nachzugeben. Inzwischen ist sich der Geldjahr-  
führer des Vereins beim Finanzamt erkundigt, ob die 22  
prozentlichen Zinsen des Reichsposters unter die geltenden An-  
sätze zu rechnen sind.  
Beantwortet wurde auf Antrag des Vorstandes einstimmig be-  
schlossen, 1000 Mark aus dem Vermögen des Haus- und Grund-  
besitzervereins für die Hinterbliebenen der im  
Kampfe gegen die roten Barden gefallenen  
Kämpfer und Beamten der S. zu zahlen. Eine  
zu dem Zweck benötigte Sozialanleihe über 800.000  
Mark, der Vorstand schloß an den Dank für diese Geste die  
Bitte an die nicht anwesenden Mitglieder des Vereins, ihr Gebie-  
ren bei der Geschäftsbildung des Vereins zu bewahren.

Der Ministerpräsident erklärte dem Reichspräsidenten, daß er  
den 20. April in München (Anwesenheit des Reichspräsidenten  
des Generallieferanten deutscher Haus- und  
Grundbesitzervereine, der zu dem in Aussicht stehenden  
Reichsministeriums Stellung angenommen hat. Er brachte zum  
Schluß die dortige Entscheidung zur Verfügung, auf die wir  
an früherer Stelle schon eingegangen sind. Die Vernehmlich-  
keit seiner Zustimmung zu der Entscheidung.

Die sich daran anschließende Debatte erobert noch verschiedene  
recht interessante Einzelheiten. In Hamburg, wo ein Verant-  
wortlicher an der Spitze des Reichsministeriums stehen soll, haben  
die Generallieferanten als Mitglied einen Zuschlag von  
25 Prozent zur Ertragssteuer gefordert; die Finanzminister  
haben einen solchen von 22 Proz. ansetzen, und werden sich  
in Hamburg auf eine Frist geben. In München hingegen beschließen  
die Mieter zu demonstrieren und drohen mit Steuererhebung,  
wenn die Erhöhung den Satz von 25 Proz. übersteigt. Wohl hat  
das Reich bis jetzt schon 21 Millionen, und der reichliche Satz  
400 Millionen Mark zur Einberufung der Reichsanstalt aufbe-  
halten, aber solange die Zwangsmaßnahme nicht aufgehoben wird,  
werden diese Summen nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein  
bleiben. In Berlin sind im vorigen Jahre schon 300 bis 400  
tausend Mark zur Einberufung zur Last gefallen, das sehr  
schwerlich der Reichsanstalt hat der Reichsanstalt, als er irgend-  
welche ähnliche Propaganda im Sinne.

Beliebte lokale Angriffe richteten sich gegen Prof. Stein,  
Vorbesitzenden des bayerischen Reichsministeriums. „Wenn wir auf  
zwei neuen Zinsen kommen“, erklärte ein Redner, „ist trotz  
des hohen Satzes der Ertragssteuer der Reichsminister, auf die  
Ertragssteuer, stellen Sie, Herr Prof. Stein, die obengenannten  
Zinsen ausgeben, erklärte der Vorstand, daß das schon lange  
gesehe, aber vergebliche Mühe sei. Eine Besprechung mit den  
Vertretern der Ministervereine und der Hausbesitzervereine habe  
erbracht mit den Worten: „Dabei wollen wir doch nicht nur  
das Geschäftlich behaltene, sondern auch mit dem Reichsminis-  
terium und insbesondere mit dem Reichspräsidenten, das ist in Höhe  
von Reichsministeriums gemacht ist, daß nämlich  
die Miete von 1. Juli ab bis auf 35 Prozent der Ertrags-  
steuer erhöht.“

Die Beschlüsse nahm einen Antrag an, daß die  
Mitglieder 35 Prozent Zuschlag als durchaus ungenügend stellen  
müßten, und daß die Hausbesitzer eine 20 prozentige  
Erhöhung der Miete in Höhe ab betrachten.

Bevollmächtigte. Die Kurie beginnen erst am 18. April  
Sauptanmeldung, Freitag, den 16. April, abends von 7-9 Uhr  
in der Alten Volkshalle, Neue Promenade 13.

### KUSTICA



mit  
Die  
Feder  
unserer Zeit.  
Brause & Co - Isarhahn

und mehr von der Realität und auf seine drei besten  
Werte. In purpurner „Silberstern“ sowie „Der Harpist am  
Seydlitz“ und „Mojestät“, welche zuerst in der „Deut-  
schen Romanzeitung“ veröffentlicht wurden. Diese letzte  
Roman, der jedoch in 4. Auflage im Verlag von Fritz G. er  
Verlag, erschienen ist, dürfte ihm einen dauernden, nicht wieder  
zu schillern den Platz in dem deutschen Schrifttum sichern.  
Das Werk behandelt Glück und Ende Ludwig II., des  
Königs von Bayern, des Fremden und Beschäftigten Richard  
Wagner; es ist, wie Conrad selbst es nennt, ein Königs-  
roman, nicht etwa im alten byzantinischen Stil, sondern  
in geistiger Erfrischung und Verjüngung.

Ein neuer Weltanschauungsroman am chemischen Institut der  
Universität Halle. Zum Abteilungsleiter am chemischen  
Institut der Universität Halle (an Stelle von Prof. Baumer)  
ist der Privatdozent für Chemie an der Universität Münster  
Dr. Ernst Weig in Aussicht genommen. Weig ist 1883  
zu Wipf (Oberhess) geboren. In Straßburg und München  
beendete er seine Studien, bestand in Straßburg das Do-  
ktor- und Staatsexamen und war seit 1906 Assistent am  
bayerischen chemischen Institut. 1915 erhielt Weig die venia  
legendi in Straßburg, trat später in den Besonderen der  
Universität Erlangen über, wo er zugleich ein Assistenten-  
stelle am chemischen Institut erhielt. Seit 1920 wirkt Weig  
in Münster, zugleich als Assistent bei Geh. Rat Schenk, am  
chemischen Institut.

Krausfahrt in München. Aus München wird  
berichtet: „Die japanische Puppe“, ein Spiel zwischen  
Eger und Ernst von Rudolf Löger und Hans G. er  
Wig, fand bei der Krausfahrt am Altendörfer Land-  
theater großen Erfolg. Ein unterhaltendes, flottet  
Lustspiel mit geschickter Technik. Dem jung verheirateten Mann  
gesteht seine Frau auf der Hochzeit die Verheißung, daß  
sie vor der Ehe ein Abenteuer mit einem Mann gehabt  
habe; den Namen aber verrät sie nicht. Der Mann ernt  
nicht, bis er den Namen erfährt. Ein Detail bringt ihn  
auf einen falschen Dackel. Schließlich stellt sich heraus, daß  
er falsch, aber das Saßgen auf einem Pastenstück eine japanische  
Puppe kennet, und hier lernt, der Hochzeit seiner Frau  
zu, die als japanische Puppe mitgebracht werden war, sich aber  
nichts zu erkennen gegeben hatte. Die Ehegatten, mit der  
die einfache Handlung durchgeführt wird, liegt nach der  
Aufführung zu besonders herzlichem Beifall kommen.